

BASELBIETER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Melchior Buchs

**Gewiss, dass frei nur ist,
wer seine Freiheit gebraucht**

Editorial von Melchior Buchs

FDP Baselland fordert: Konsequente Umsetzung der Finanzstrategie der Regierung	Seite 3
Der Landrat nach den Sommerferien	Seite 4
Sektionskonferenz 2024 Verstärkter Austausch, Social Media und Verantwortlichkeiten vor Abstimmungen	Seite 5
Abstimmung Nationalstrassen Der Rheintunnel – eine dringend notwendige Investition	Seite 6
Abstimmung Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen	Seite 7
Wir betreiben Politik mit Weitsicht	Seite 8

Ich bin am 4. September als Präsident der FDP Baselland gewählt worden. Ich danke herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen und freue mich riesig auf die damit verbundenen Herausforderungen, die Zusammenarbeit in der Parteileitung und mit der Landratsfraktion, dem Parteirat, den Sektionen und die Begegnungen mit Ihnen allen, liebe FDPler, «vo Schönebuech bis Ammel».

In unserer Bundesverfassung steht in der Präambel der Satz: «Gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht.» Freiheit bedeutet, eine Wahl zu haben. Und mit der Wahl kommt die Verantwortung. Die Wahl zu haben, kann anstrengend sein. Wer kennt sie nicht, die Qual der Wahl?

Wir sollten in der Möglichkeit zur Wahl und in der Verantwortung, die wir dafür tragen, nicht eine Qual sehen, sondern die Basis für unsere Freiheit. Die Realität zeigt aber leider ein anderes Bild. In unsicheren Zeiten geniessen einfache Rezepte sowie der Ruf nach dem Staat und nach Regulierung Hochkonjunktur. Es ist bequemer, die Freiheit aufzugeben und sich sagen zu lassen, was zu tun ist.

Der liberale Staat hat nur eine Zukunft, wenn er das elementarste Bedürfnis des Menschen befriedigen kann: das Bedürfnis nach Sicherheit. Wir erleben gerade, dass nichts gesellschaftlich destabilisierender wirkt als Unsicherheit. Es geht nicht nur um die militärische Sicherheit. Entscheidend ist das subjektive

Sicherheitsempfinden der Menschen, das durch soziale und wirtschaftliche Einflüsse, durch die Migration, die Umwelt, das Klima usw. geprägt wird.

Freiheit und Sicherheit liegen in einem Spannungsfeld. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Es gibt aber weder eine absolute Sicherheit noch eine absolute Freiheit. Der liberale Staat muss in diesem Spannungsfeld ein Gleichgewicht finden.

Das kann dann am besten gelingen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Wandel darf nicht aufgehalten werden. Es braucht hier flankierend einen sinnvollen sozialen Ausgleich.
- Der Staat muss finanziell gesund sein, wenn er handlungsfähig bleiben will.
- Es braucht eine kluge internationale Zusammenarbeit.

Sicherheit kann nicht umfassende staatliche Fürsorge bedeuten. Diese behindert die freie Entfaltung der Menschen und damit den Wandel sowie die Innovationskraft einer Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir als FDP.Die Liberalen sind gefordert, tragfähige politische Lösungen für den Spagat zwischen der Befriedigung der elementaren Sicherheitsbedürfnisse und der Wahrung und Weiterentwicklung der Freiheitsrechte zu finden.

Melchior Buchs, Präsident der FDP Baselland



Auf dem richtigen Weg

Vertrauensbeweis für bürgerlich-liberale Politik

Liebe Freisinnige

Die FDP darf jubeln: Nach dem Erfolg im Kanton Schaffhausen konnte auch die FDP Aargau bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen feiern: Mit der glanzvollen Wiederwahl von Regierungsrat Stephan Attiger und einem Sitzgewinn im Grossen Rat durfte die Kantonalpartei von der Aargauer Bevölkerung einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen. Ebenso konnten wir in Basel die Sitze halten. Es ist ein klares Votum für uns Freisinnige, die wir für mehr Freiheit und gegen staatlichen Interventionismus und Bevormundung einstehen. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Klares Zeichen gegen die illegale Migration

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Stopp der illegalen Migration» verdeutlicht die FDP ihre langjährigen Forderungen zur Asylpolitik unter der Devise «Hart, aber fair». In ganz Europa sorgt der Missbrauch des Asylrechts für Missstände und Unmut. Bei uns müssen die Kantone und Gemeinden die Folgen der illegalen Migration ausbaden. Soll die Bevölkerung aber die humanitäre Tradition unseres Landes weiterhin mittragen, müssen wir die Missstände offen ansprechen und bekämpfen. Das tun wir unter der Prämisse «Recht durchsetzen. Grenzen sichern. Sozialsysteme schützen».

Faire Regeln für Vermieter und Mieter

Die Linken betreiben ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik auch im Wohnungswesen weiter. In den linksorientierten Städten blockieren sie jeden Fortschritt und verhindern so jegliche Lösungen zur Schaffung von mehr Wohnraum. Es braucht aber auch faire Regeln für Vermieter und Mieter. Die Mietrechtsrevision ermöglicht sinnvolle und pragmatische Massnahmen gegen die ausufernde Regulierung in den Bereichen der Untervermietung und der Einhaltung des Eigenbedarfs. Die neuen Regeln sind unbürokratisch und die Rechte der Mieter werden in keiner Weise geschmälert.

JA zur Beseitigung von Fehlanreizen im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen hat zu viele Fehlanreize, die zur Kostensteigerung beitragen. Reformen sind dringend notwendig. Mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) wird einer der teuersten Fehler im System korrigiert. Ambulante und stationäre Leistungen sollen zukünftig nach demselben Kostenteiler finanziert werden. Mit dieser überfälligen Reform ermöglichen wir eine bessere Kostenkontrolle, stellen die Bedürfnisse der Patienten ins Zentrum und erhalten unser hervorragendes Pflegesystem.

JA zu mehr Sicherheit und weniger Engpässen auf unseren Strassen

Mit dem Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP) werden sechs Engpässe beseitigt. Wenn der Verkehr auf den grossen Verkehrsachsen fliesst, werden Städte und Gemeinden vom schädlichen Ausweichverkehr entlastet und die Sicherheit im Strassenverkehr – auch die Schulwegsicherheit! – erhöht. Wir alle profitieren, denn die Investitionen in die Nationalstrassen sind ein wichtiges Puzzleteil für das gesamte Verkehrsnetz. Und wir brauchen beides: Schiene und Strasse! Die Finanzierung erfolgt weder über die allgemeine Bundeskasse, noch werden die Steuerzahler zusätzlich belastet. Denn die Mittel stammen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Gespiessen wird dieser Fonds durch die Strassenbenutzerinnen und -benutzer.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Baselland fordert:

Konsequente Umsetzung der Finanzstrategie der Regierung

Die Finanzen des Kantons sind angespannt. Der Regierungsrat rechnet im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025–2028 für 2025 mit einem Minus von 62 Millionen Franken.

Aus diesem Grund hat der Regierungsrat beschlossen, die Ausgaben auf dem Stand des AFP 2024–2027 einzufrieren. Bereits in der Landratsdebatte über den AFP 2024–2027 im Dezember 2023 hat die FDP-Fraktion mittels mehrerer Anträge zur Dämpfung des Personalkostenwachstums darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausgabenseite des Kantons überproportional stark ansteigt im Vergleich zu den stetig steigenden Steuererträgen. Die FDP-Forderung, den Personalaufwand auf dem Stand 2023 «einzufrieren», wurde damals aus allen Fraktionen kritisiert. Ein Jahr später präsentiert der Regierungsrat erfreulicherweise einen Aufgaben- und Finanzplan, in dem das Problem erkannt und angegangen wird: Die Ausgaben 2025–2028 sollen in allen Bereichen auf dem Stand 2024–2027 eingefroren werden. Entsprechend hat der Regierungsrat Entlastungen im Umfang von 393 Millionen Franken (kumuliert über vier Jahre) beschlossen.

Dass die SP die vom Regierungsrat vorgelegte Finanzstrategie als unverantwortliches Abbaupaket bezeichnet, ist völlig absurd. Es findet kein Abbau statt, sondern einzig ein Abbremsen des

Kostenwachstums. Auch der AFP 2024–2027 sieht ein Kostenwachstum vor und dieses wird nicht rückgängig gemacht. Der Ausgabendruck aufgrund der Kostentreiber im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Bereich Soziales und im Asylbereich bleibt bestehen. Daher müssen aus Sicht der FDP über das «Einfrieren» der Ausgaben auf dem Stand AFP 2024–2027 hinaus zusätzliche Massnahmen eingeleitet werden:

- Den Kostentreibern gilt eine besondere Aufmerksamkeit. In jedem Bereich sollen spezifische Projektgruppen umfassende kostendämpfende Reformvorschläge erarbeiten.
- Die Ausgabenseite muss weiter ohne Tabus durchleuchtet und die Prozesse der Verwaltung müssen analysiert und gestrafft werden.
- Zusätzlich zum Einfrieren der Personalstellen auf dem Stand 2024 sind weitere Massnahmen zwingend und muss jede Stelle auf ihre Notwendigkeit und Auslastung überprüft werden.

Die Steuererträge steigen dank solidem Wirtschaftsgang bei fast allen Steuerarten stetig. Sie fielen zum Beispiel auch 2023 deutlich höher aus

als budgetiert. Im Kanton Baselland besteht kein Problem auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite. Die Forderung der SP nach zusätzlichen Steuereinnahmen (z.B. Erbschaftssteuer) liegt daher völlig quer in der Landschaft. Baselland hat zudem nach wie vor ein sehr soziales Einkommens- und Vermögenssteuersystem. Bei der Einkommenssteuer werden tiefe bis mittlere Einkommen im kantonalen Vergleich äusserst gering belastet, während Baselland bei der Steuerbelastung von Bruttoeinkommen über 100 000 Franken schweizweit einen der hintersten Plätze belegt. Schon heute leistet ein kleiner Teil der Steuerpflichtigen einen sehr hohen Anteil am gesamten Steuerertrag. Diese Gruppe noch einmal zusätzlich zu belasten, ist ein No-Go. Im Gegenteil: Damit sich die Einnahmenseite nicht verschlechtert und sich die Standortattraktivität verbessert, muss jetzt unmittelbar die Reform der Einkommenssteuer mit Abschwächung der belastenden Progression angegangen und vom Regierungsrat vorgelegt werden. Ein weiterer Wegzug und somit Verlust der besten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler muss um jeden Preis verhindert werden.

Melchior Buchs, Präsident der FDP Baselland



Der Landrat ...

... nach den Sommerferien

Der Landrat war zum Teil in seiner eigenen Welt und beschäftigte sich viel zu viel mit sich selbst – doch nicht nur!

Bei einem durchaus selbstkritischen Rückblick auf die Geschäfte des kantonalen Parlaments nach den Sommerferien kommt man nicht umhin, festzustellen, dass sich der Landrat sehr mit sich selbst befasst. So wurde zum einen stundenlang um die Frage der Stellvertretung gerungen. Nachdem die ursprünglich die Diskussion auslösende Frage, ob eine Landrätin im Mutterschaftsurlaub am Ratsbetrieb teilnehmen darf, ohne ihre Versicherungsbeiträge zu verlieren, bundesrechtlich längst positiv beantwortet wurde, geht es kantonal letztlich nur noch um die Frage, wie mit Langzeitkranken umzugehen ist. Kann dieses Parlamentsmitglied sich vertreten lassen? Und wenn ja, wie und durch

wen? Die zuständige Justiz- und Sicherheitskommission hatte dabei schon zweimal (!) und ganz im Sinne der FDP-Fraktion keinen Handlungsbedarf erkennen können, zumal die angedachten Lösungen («Nachrückender auf der Liste» oder «Superlandrat mit zwei Stimmen») nicht zu überzeugen vermögen. Das Geschäft wurde jetzt aber wieder von der mitte-links-grünen Ratsmehrheit in die Kommission zurückgewiesen. Die Selbstbeschäftigung geht also weiter. In das gleiche Kapitel gehört die Wahlrechtsreform bzw. die Einführung des kantonalen Doppelporzesses. Um die mathematisch korrekten, jedoch unliebsamen, weil nur schwer verständlichen Sitzsprünge zu vermeiden,

will die Mehrheit des Landrates (Links-Grün bis Mitte) eine komplizierte Wahlrechtsreform durchsetzen. Dabei ist die rechnerische Verbesserung zur Vermeidung der Sitzsprünge marginal. Vorgeschoben wird zudem eine bessere Abbildung des Proporz. In Tat und Wahrheit geht es aber um handfeste Machtpolitik: Das neue Wahlrecht soll nämlich kleine Parteien und das urbane Unterbaselbiet begünstigen und grosse Parteien sowie das konservative Oberbaselbiet schwächen. Kein Wunder, sind die Grünliberalen, die Mitte, die EVP und Links-Grün begeistert von diesem Projekt. Die FDP dürfte rechnerisch mit dem neuen Wahlrecht weder gewinnen noch verlieren. Unnötig bleibt es aus unserer Sicht allemal. Das letzte Wort hat aber hier zum Glück der Stimmbürger. Gewichtiger war dann schon die Behandlung der rechtlichen Zulässigkeit zweier Initiativen (Mindestlohn und Tempo 30 auf Kantonsstrassen). Da hier die Interessenlagen von Rechts und Links-Grün genau umgekehrt waren, liessen die jeweils gegensätzlichen Argumentationen tief blicken. Beide Initiativen kommen nun aber vor das Volk, dies trotz der rechtlichen Vorbehalte bei der Mindestlohninitiative. Diese wird aber erfreulicherweise ohne Gegenvorschlag dem Stimmbürger zur Ablehnung empfohlen. Gerade das Gegenteil gilt – ebenfalls ganz in unserem Sinn – für die Tempo-30-Initiative. Ausserdem wurde die Motion der FDP bezüglich Tempo 30 stehen gelassen. Beide Male dürfen wir somit sicherlich von grossen Erfolgen der FDP sprechen, zumal beide Themenbereiche (Verkehrs- und Arbeitgeberpolitik) von uns führend besetzt sind. Bei all diesen grösstenteils juristischen Fachdiskussionen und dem teilweise internen Geplänkel darf aber doch nicht vergessen gehen, dass der Landrat durchaus noch andere, auch grosse Themen behandelte, so etwa die Verabschiedung des Leistungsauftrages und Globalbeitrages an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) oder den «Sicherheitsbericht Polizei.Plus» mit der Aufstockung der Polizei. Und nicht zu vergessen ist die intensive und wertvolle Kommissionsarbeit, in welcher auch die ganz grossen, anstehenden Geschäfte vorberaten werden. Erwähnt seien hier nur der Aufgaben- und Finanzplan bzw. die Finanzlage des Kantons sowie die Gesundheits- und Spitalpolitik. Es wird also bald wieder spannender und bedeutender, so dass auch die interne Beschäftigung zurückgehen wird.

Andreas Dürr, Fraktionspräsident FDP

Bild: Die Sektionskonferenz 2024 fand in Füllinsdorf beim TCS beider Basel statt.



Sektionskonferenz 2024:

Verstärkter Austausch, Social Media und Verantwortlichkeiten vor Abstimmungen

Die Vertretenden der FDP-Sektionen aus dem Baselbiet trafen sich am Donnerstag, 24. Oktober 2024, im TCS-Center in Füllinsdorf zum gegenseitigen Austausch mit der Parteileitung.

Auch bei der diesjährigen Sektionskonferenz der FDP BL wurde deutlich, wie gross das Stauproblem in unserer Region tatsächlich ist: Es gab einige Verspätungen aufgrund des Verkehrschaos, welches wieder mal einen Höhepunkt erreicht hatte. Darauf nahm auch Gastredner Richard Kocherhans vom Bundesamt für Strassen (Astra) Bezug, der die Projekte der kommenden STEP-Abstimmung vom 24. November und den Rheintunnel vorstellte und auf den Stautunden-Rekord unserer Region hinwies. Präsident Melchior Buchs nahm die Konferenz zum Anlass, sich den Anwesenden vorzustellen, seine Vision und Ziele für die Kantonalpartei aufzuzeigen und auch den vermehrten Austausch unter den Sektionen zu stärken. Gemeinsam mit der neuen Sektionsverantwortlichen und Gastgeberin des Abends, Birgit Kron, wird er im kommenden Jahr eine Roadshow planen und die FDP-Sektionen im ganzen Baselbiet besuchen. Hierfür sollen alle Termine der Sektionen rechtzeitig ans Parteisekretariat gesendet werden. Ein verstärkter

Austausch soll insbesondere einen Know-how-Transfer ermöglichen, das Networking ins Zentrum stellen und auch einen Erfahrungsschatz sichern, dass die Best-Practices in Sachen Wahlkampf, Wildplakatieren oder Standaktionen verankert werden können. Um in Zukunft ein einheitliches Vorgehen für die Plakatierung vor den Abstimmungen zu garantieren, welches den Vorgaben der FDP Schweiz bei nationalen Abstimmungen entspricht, wurden Regeln festgesetzt. Auf Wunsch der Sektionsvertretenden wird im kommenden Jahr auch eine Social-Media Schulung organisiert, die Tipps und Tricks zum Sektionsauftritt auf den unterschiedlichen Social-Media-Plattformen liefern soll. Auch die Kantonalpartei wird ihre Online-Präsenz in Zukunft stärken, um mit den Sektionen zusammen einen gelungenen Web-Auftritt zu präsentieren. Der Austausch zwischen den Sektionen wurde anschliessend bei einem gemütlichen Apéro riche gepflegt und soll in Zukunft noch intensiviert werden.

«Sichern wir unsere Best-Practises in Sachen Wahlkampf, Wildplakatieren und Standaktionen.»



Birgit Kron, Mitglied Parteileitung FDP BL

Abstimmung Nationalstrassen

Der Rheintunnel – eine dringend notwendige Investition

Die Verkehrsinfrastruktur in der Region Basel stösst an ihre Grenzen. Mit dem geplanten Rheintunnel steht eine ausgefeilte Lösung bereit. Stimmen wir deshalb am 24. November JA zur Sicherung der Nationalstrassen und zum Rheintunnel.

Die Region Basel ist über alle Verkehrsträger gut erschlossen. Für unseren Standort und Wohlstand ist es zentral, dass wir für Menschen und Güter gut zu erreichen sind. Doch wie lange sind wir das noch? Durch die zunehmende Verkehrsüberlastung wird dies in Frage gestellt.

Die meisten Infrastrukturen wurden in den 1960er-Jahren für eine Sechs-Millionen-Schweiz geplant. Sie sind nicht für die Mobilitätsbedürfnisse einer Schweiz mit neun Millionen Einwohnenden ausgelegt und stossen bereits heute täglich an ihre Kapazitätsgrenzen. So zählt der Autobahnabschnitt der A2 bei Basel, die Osttangente, mit über 130 000 Fahrzeugen pro Tag zu den am stärksten befahrenen Strecken der Schweiz. Neue Zahlen zeigen zudem, dass auf diesem Abschnitt im vergangenen Jahr über 2900 Stauzeiten gezählt wurden. Dies ist im schweizerweiten Vergleich ausserordentlich hoch.

Engpass schadet Wirtschaft und Gesellschaft

Diese Überlastung hat handfeste Nachteile: Arbeitnehmende kommen zu spät zur Arbeit und der überregionale Wirtschaftsverkehr zwischen den Firmen wird erschwert. Es kommt zu Verzögerungen und Planungsunsicherheit. Längere Transportzeiten führen zu höheren Produktkosten. Auch der Handwerker, der im Stau steht und die Zeit weiterverrechnet, wird teurer. Darunter leiden wir alle und die Entwicklung spitzt sich laufend zu: Bis 2040 wächst die trinationale Agglomeration Basel gemäss offiziellen Prognosen um rund 140 000 Bewohner. Die bestehenden Infrastrukturen vermögen dieses Wachstum nicht zu bewältigen. Wir müssen deshalb in die Nationalstrassen investieren und Engpässe an neuralgischen Stellen wie auf unserer Osttangente beheben. Tun wir das nicht bald, verliert unser Wirtschaftsstandort deutlich an Attraktivität.

Einen wichtigen Schritt vorwärts machen wir mit einem JA zur Vorlage des Bundesrates zur Sicherung der Nationalstrassen, über die wir am 24. November 2024 abstimmen. Der Rheintunnel ist ein wesentliches von sechs darin enthaltenen

Ausbauprojekten. Zwischen Birsfelden und dem Kleinbasel sollen zwei Tunnelröhren den Verkehr fassen, der auf der Stadtautobahn zu Stau führt. Wissenschaftliche Prognosen des Bundesamtes für Strassen berechnen eine Entlastung von rund 30 Prozent. Der Stau auf der Osttangente löst sich auf. So kommt es auch zu deutlich weniger Ausweichverkehr in die angrenzende Agglomeration. Das von Ausweichverkehr stark belastete Birsfelden wird um rund 40 Prozent entlastet. Dies bedeutet weniger Lärm, mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität.

Zusammenspiel der Verkehrsträger unabdingbar

Die Gegner der Ausbauschritte lehnen den Rheintunnel aus Prinzip ab. Realistische Lösungen für das unbestrittene Mobilitäts- und Stauproblem offerieren sie jedoch nicht. Der ebenfalls notwendige Bahnausbau allein wird nicht ausreichen. So war 2022 gemäss Bundesamt für Statistik die Gesamtleistung in Personenkilometer auf der Strasse rund fünfmal höher als auf der Schiene.

Dem hocheffizienten System der Nationalstrassen, das einen Grossteil des Verkehrs sicher an den Quartieren und Dörfern vorbeiführt, müssen wir Sorge tragen und es solide für die Zukunft aufstellen. Stimmen Sie deshalb mit uns am 24. November 2024 JA zur Sicherung der Nationalstrassen und zum Bau des Rheintunnels.



Martin Dätwyler,
Landrat FDP und Direktor Handelskammer
beider Basel



STEP – Strategisches Entwicklungsprogramm Nationalstrassen

Mit dem STEP unterbreitet der Bundesrat dem Parlament alle vier Jahre einen Ausbauschritt zur Beratung. Im Ausbauschritt 2023 sind die folgenden Projekte enthalten: Le Vengeron–Nyon, Wankdorf–Schönbühl, Schönbühl–Kirchberg, zweite Röhre Fäsenstaubtunnel, dritte Röhre Rosenbergstunnel sowie der Rheintunnel in Basel. Bundesrat und Parlament befürworten den Ausbauschritt. Anfang 2024 wurde das Referendum dagegen eingereicht, weshalb die Bevölkerung am 24. November 2024 über die Finanzierung der Projekte abstimmen kann.



Abstimmung

Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen!

Am 24. November 2024 stimmen wir über die einheitliche Finanzierung im Gesundheitswesen ab, eine der wichtigsten Reformen seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes vor rund 30 Jahren. Die Gewerkschaften haben ihre Maschinerie in Gang gesetzt und ein Referendum gegen diese Vorlage ergriffen. Aber ihre Argumente dagegen sind weitgehend unehrlich.

Die Leistungen des Krankenversicherungsgesetzes werden heute je nach Bereich unterschiedlich finanziert. Die Kantone zahlen mindestens 55 Prozent der Kosten der stationären Leistungen (mit Übernachtung im Spital), höchstens 45 Prozent werden mit Prämien finanziert.

Demgegenüber werden ambulante Leistungen (ohne Übernachtung) vollständig durch Prämien und damit durch die Krankenkassen bezahlt.

Für Pflegeleistungen leisten die Krankenkassen und die Pflegebedürftigen selbst je einen Beitrag, die Kantone sind für die Restfinanzierung zuständig.

Die heute je nach Bereich unterschiedliche Finanzierung von Leistungen führt zu massiven Fehlansätzen. Die Versicherer haben weniger Anreize, die kostensparende Verlagerung von stationär zu ambulant zu fördern. Soweit die Verlagerung trotzdem erfolgt, steigt dadurch der Anteil der Prämienfinanzierung. Zudem kann die koordinierte Versorgung wegen der Brüche in der Finanzierung zwischen verschiedenen Sektoren nicht ihr ganzes Potenzial entfalten.

Diese Effekte erhöhen die Kosten und schaden der Patientensicherheit, da der Weg zur richtigen Therapie länger wird. Leidtragende des aktuellen Zustandes sind also sowohl Patientinnen und Patienten als auch die Prämienzahlenden.

Diese schon lange notwendige Reform ist also eine Win-win-Situation für unsere Gesellschaft.

Das Parlament hat fast 14 Jahre an dieser Reform gearbeitet und die Vorlage am 22. Dezember 2023 angenommen.

Dagegen haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Sie bekämpfen die Vorlage beinahe ausnahmslos mit unwahren Behauptungen. Nur in einem Punkt sind sie ehrlich: Sie wollen eine Stärkung der Krankenkassen verhindern, um einen nächsten Versuch zur Einführung einer Einheitskrankenkasse zu fördern.

Man kann über die Einheitskrankenkasse unterschiedlicher Meinung sein, aber dafür als Kollateralschaden eine derart wichtige Reform zu opfern, ist verantwortungslos.



Darum unterstützen zahlreiche Gesundheitspolitikerinnen und -politiker der SP die Reform entgegen der Parolenfassung ihrer Partei.

Die einheitliche Finanzierung beendet Fehlansätze und das Silodenken im Spitalbereich, stärkt die ambulante Versorgung, erhöht die Versorgungsqualität, bringt die Patientin / den Patienten schneller zur richtigen Therapie und senkt die Kosten.

Bundesrat und Parlament empfehlen deshalb die Vorlage zur Annahme, ebenso beinahe alle Akteure des Gesundheitswesens.

FDP, GLP, Mitte und SVP haben die Ja-Parole beschlossen, die Grünen Stimmfreigabe.

Andreas Faller,
Rechtsanwalt und Berater im Gesundheitswesen,
Vorstandsmitglied FDP Binningen / Bottmingen
und Mitglied der Gesundheitskommission der
FDP Schweiz

Jungfreisinnige
Kanton Baselland

Lasst uns **gemeinsam**
die Kantonsfinanzen
retten mit deiner
Unterschrift
zur
Kostensenkungs-Initiative
Wir betreiben Politik
mit Weitsicht

Eine zukunftsorientierte Themensetzung ist für eine erfolgreiche Politik von entscheidender Bedeutung. Ohne Weitsicht hat Politik keine Chance. Daher haben wir uns als Jungfreisinnige Baselland das Ziel gesetzt, Politik mit Weitblick zu gestalten. Das ist uns bereits bei einigen Themen gelungen und treibt uns weiterhin an.

Ein Beispiel ist die **prekäre Situation an der Pädagogischen Hochschule (PH) Muttenz**. Schon früh haben wir auf das unzureichende Belegungssystem hingewiesen. **Die BaZ berichtete darüber** und unser Vizepräsident Oliver Fischer wurde wie folgt zitiert: «Zu Recht wird eine längst überfällige Diskussion über das Belegungssystem und die Anwesenheitspflicht an der PH Muttenz geführt. Die

Situation ist unhaltbar, wie wir schon vor einiger Zeit moniert haben.»

Es ist einfach, ein Thema aufzugreifen, doch die Reaktion der Kantone hätte schon viel früher erfolgen müssen, denn die Problematik war bereits bekannt. Unsere im April lancierte «Podcast-Pflicht»-Petition griff die Thematik einige Monate vorher auf. Das Angebot, Vorlesungen an der

FHNW und der Universität Basel online zu stellen, ist in unserem technologischen Zeitalter ein logischer Schritt. Unsere Petition haben wir im April eingereicht und nun wird darüber diskutiert, wie die Praxisnähe der angehenden Lehrpersonen gestärkt werden kann. Unsere Petition bietet dafür eine gute Lösung! Beim Thema Ausbildung konnten wir faktenbasiert aufzeigen, dass eine zukunftsgerichtete Politik unerlässlich ist, denn die Problematik darf nicht erst adressiert werden, wenn es schon fast zu spät ist.

Aktuell sammeln wir Unterschriften für unsere «Kostensenkungs-Initiative», die ein zentrales Anliegen aufgreift: gesunde Kantonsfinanzen. Eine «Pflästerlipolitik» ist der falsche Weg. Unser Kanton benötigt grundlegende Reformen, um nachhaltig schwarze Zahlen schreiben zu können.

Unsere Initiative sieht vor, eine professionelle, effiziente und bürgernahe Verwaltung zu etablieren, die mit dem Bevölkerungswachstum mitwächst. Mit einem Verhältnis von einer Kantonsstelle auf 67 Einwohnerinnen und Einwohner ist der Bestand der kantonalen Verwaltung weiterhin hoch.

Mit Ihrer Unterschrift können Sie dazu beitragen, unseren Kanton wieder auf Kurs zu bringen, damit er in Zukunft nicht noch tiefer in die roten Zahlen rutscht!

Den Unterschriftenbogen finden Sie auf unserer Website: <https://jfbl.ch/> oder als Beilage im vergangenen September-Freisinnversand.

Für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Dank Ihrer Unterstützung kann der Jungfreisinn Baselland auch in Zukunft aktiv Politik gestalten und das Ziel sowie den Anspruch, Politik mit Weitblick zu betreiben, weiterverfolgen!



Cyril Bleisch, Präsident Jungfreisinnige BL

Simon Schwegler, liberaler Unternehmer

Im Interview über Freiheit und Politik

Simon Schwegler findet, dass Bürokratie durch Führungsschwäche verstärkt wird, unsere Sozialwerke reformiert werden müssen und dass Personalplanung in der Parteipolitik ein Schlüsselthema sei.

Was bedeutet Freiheit für Sie persönlich?

In unserer heutigen westlichen Welt bedeutet Freiheit für mich, dass man sich frei entfalten kann. Grundvoraussetzungen dafür sind die Meinungsfreiheit, die Rechtssicherheit und das Recht auf Privatsphäre. Ich bin mir aber bewusst, dass die ersehnte Freiheit in anderen Regionen dieser Welt ganz andere Voraussetzungen bedingt.

Was motiviert Sie, sich in der Politik zu engagieren?

Der immer noch ausgeprägte Milizgedanke. Ich finde es faszinierend, dass wesentliche Elemente der Staatsaufgaben im Milizwesen geführt werden und damit der Staat schlank gehalten wird, zivile Fähigkeiten genutzt werden und Entscheide breit abgestützt werden können. Selbstredend mache ich mir daher auch Sorgen, wenn ich sehe, dass immer mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Politik vollamtlich ausüben. Auch wenn ich beruflich stark ausgelastet bin, versuche ich hier, über mein Engagement in Partei und Verbänden Gegensteuer zu geben.

Welche politischen Reformen halten Sie für unbedingt notwendig, um das Land voranzubringen?

Es sind die typischen Vorsorgethemen – also Gesundheit, Alter und Sicherheit –, welche reformiert oder zumindest revidiert werden müssten. Wir haben zumindest in meiner Generation zu stark darauf vertraut, dass die Vorsorgeinstitutionen in ihrer bisherigen Konfiguration die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen aushalten könnten. Aber hier muss wohl zuerst ein Ruck durch die Gesellschaft gehen – hin zu einem weit-sichtigeren Generationenbewusstsein –, damit insbesondere die Sozialwerke reformierbar werden.

Was ist Ihre Lieblingslösung gegen Bürokratie?

Mehr Realitätsbezug und mutigere Führung. Dass aus einer «Initiative gegen Masseneinwanderung» eine «Stellenmeldepflicht» wird, welche eine enorme



«Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass immer mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Politik vollamtlich ausüben.»

Zusatzbelastung für Arbeitgebende nach sich zieht, dürfte das Ergebnis eines politischen Gerangels ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktrealität sein.

Viel Ursprung von Bürokratie verorte ich in der Selbstabsicherung von Führungskräften. Da wird lieber noch ein begleitender Bericht bestellt, der den Entscheid vorwegnimmt, als dass mutig entschieden und der Entscheid auch konsequent durchgesetzt wird.

Was ist Ihrer Meinung nach das beste Mittel, um junge Menschen für Politik zu begeistern?

Jüngere Menschen kann man mit überzeugenden und prägnant formulierten Ideen für das minimale politische Engagement – abstimmen und wählen – gewinnen. Wichtiger ist für unser Milizsystem jedoch, dass wir die besten Führungspersönlichkeiten für die Politik gewinnen können. Hier glaube ich, geht es am ehesten mit vorbildlichen Persönlichkeiten in den herausragenden politischen Funktionen. Die Personalplanung erachte ich in Parteien und Verbänden darum als Schlüsselthema.

Welcher Politiker aus der Geschichte inspiriert Sie und warum?

Ich war zweifellos beeindruckt von Christoph Blochers Talent, Politik zu machen. Mit diesem Instinkt wäre ich gerne gesegnet. Inspirierend ist für mich Philipp Müller, der zu der Zeit FDP-Schweiz-Präsident war, als ich die Churer Stadt-partei präsidiert habe. Seine Art, seine Ansichten und seine Parteiführung haben dazu geführt, dass bei Parteimitgliedern und Öffentlichkeit die Kritik an der FDP Schweiz deutlich nachgelassen hat – was für einen Kreisparteipräsidenten sehr hilfreich war.

Simon Schwegler,
Unternehmer und Partner der ODURA-Gruppe
und Mitglied der FDP Chur

Bild: iStock, Micha Steinmann



Mietrechtsanpassungen

Für faire Regeln und gegen Missbrauch

Die beiden Mietrechtsvorlagen zur Untermiete und zum Eigenbedarf sorgen für faire und klare Regeln, schaffen Rechtssicherheit und schützen vor Missbrauch. Davon profitieren insbesondere auch Mieterinnen und Mieter.

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts im Obligationenrecht ab. Die eine Vorlage betrifft die Untermiete, die andere den Eigenbedarf des Eigentums. Beide Vorlagen betreffen nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie schaffen aber faire und klare Regeln und bieten Lösungen für störende Einzelfälle, unter denen heute sowohl die Eigentümerschaft als auch die Mieterschaft sowie weitere Mietparteien im gleichen Gebäude leiden.

National- und Ständerat haben im September 2023 zwei Anpassungen des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechts verabschiedet. Der Mieterverband hat am 16. Januar 2024 die nötigen Unterschriften für ein Referendum eingereicht und führt unter dem Slogan «Nein zum Angriff auf das Mietrecht» eine polemische und faktenferne Gegenkampagne.

Untermiete

Was bleibt gleich? Mieter dürfen eine Mietwohnung oder ein Geschäftslokal weiterhin ganz oder teilweise untervermieten. Zum Beispiel, wenn sie einen Auslandsaufenthalt planen und danach in ihre Mietwohnung zurückkehren wollen. Oder wenn sie als Hauptmieter eine WG bilden möchten.

Was ändert sich? Wenn ein Mieter seine Wohnung untervermieten will, muss er künftig ein schriftliches Gesuch stellen und eine schriftliche

Zustimmung des Vermieters einholen. Neu muss der Vermieter einer Untervermietung, die länger als zwei Jahre dauert, nicht zwingend zustimmen. Die Untermiete bleibt aber weiterhin auch für Zeiträume über zwei Jahre möglich – Mieter und Vermieter sind nämlich frei, einvernehmlich abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Indem man Abmachungen schriftlich festhält und Kriterien verbindlich definiert, schaffen wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Diese Lösung ist daher für Mieter und Vermieter vorteilhaft. Auch die Untermieter profitieren von diesen neuen Bestimmungen. Sie bieten mehr Rechtssicherheit und schützen sie vor Missbrauch und Willkür.

Eigenbedarf

Was bleibt gleich? Die Rechte der Mieter werden nicht geschmälert. Mieter haben weiterhin das Recht, die Kündigung, auch bei Eigenbedarf, anzufechten und ein Erstreckungsgesuch zu stellen. Die Schlichtungsbehörde überprüft weiterhin die Zulässigkeit der Kündigung und die Möglichkeit der Erstreckung kostenlos.

Was ändert sich? Die heutigen Anforderungen an die Beweisführung für eine Kündigung wegen **dringenden** Eigenbedarfs sind unpräzise. Im Gesetz soll deshalb die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese vorgeschlagene

Änderung beschlägt also nur die wenigen vom Gesetz vorgesehenen Fälle, wo eine Dringlichkeit des Eigenbedarfs vorausgesetzt ist. Insbesondere erleichtert es Personen, die eine bisher vermietete Wohnung oder ein Geschäftslokal kaufen, ihr Eigentum innerhalb einer vernünftigen Frist auch tatsächlich selbst nutzen zu können.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Die Unsicherheiten bei der Definition der Dringlichkeit eines Eigenbedarfs werden beseitigt und durch eine klarere Formulierung ersetzt. Die Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf gewährleistet eine faire Interessenabwägung und liegt damit im Interesse von Mietern und Vermietern. Und die Mieter haben weiterhin das Recht, Entscheide vor Gericht anzufechten.

Aus obigen Gründen bitten wir Sie, den Mietrechtsänderungen am 24. November 2024 zuzustimmen.

JA zu den beiden Mietrechtsvorlagen



Patricia von Falkenstein,
Nationalrätin LDP Kanton Basel-Stadt

Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen.
Bild: iStock, gorodenkoff



Kosten sparen, Versorgung verbessern

Ja zur einheitlichen Finanzierung

Am 24. November 2024 haben wir die Chance, an der Urne der einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen zuzustimmen und damit Ja zu einer Reform im Gesundheitswesen zu sagen. Eine Mehrheit der Parteien, Verbände und Organisationen steht hinter dieser Vorlage. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen und der Schweizerische Gemeindeverband sagen Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen. An der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero vom 19. Oktober 2024 wurde die Vorlage ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig, die Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget. Dennoch wollen wir uns zu Recht eine hochstehende Gesundheitsversorgung leisten, die Gesundheit ist wichtig. Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen. In den umliegenden Ländern und weltweit werden heute viel mehr ambulante Eingriffe durchgeführt als in der Schweiz. Bei uns geschieht dies nur zögerlich, weil die finanziellen Anreize falsch gesetzt sind.

Aus folgenden Gründen sind ambulante Behandlungen sinnvoll: Sie sind kostengünstiger und weniger personalintensiv. Letzteres ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ein wesentliches Argument. Weiter treten bei ambulanten Behandlungen weniger Infektionen durch Spitalkeime auf, welche unter Umständen gefährliche Komplikationen nach sich ziehen. Nicht zuletzt entspricht es oft auch dem Patientenwunsch, nur kurz im Spital zu verweilen und möglichst rasch in den eigenen vier Wänden zu genesen.

Finanzierungsmodelle der Gesundheitskosten und ihre Folgen

Ambulante Leistungen werden heute zu 100% von den Krankenkassen bezahlt – stationäre hingegen nur zu 45%, die restlichen 55% übernimmt der Kanton. In der Pflegeleistung sind die Kosten ungefähr hälftig aufgeteilt. Dieser Fehlanreiz führt zu unnötigen Hospitalisationen und höheren Behandlungskosten ohne Steigerung der Behandlungsqualität. Neu sollen medizinische Leistungen mit einem konstanten Finanzierungsschlüssel bezahlt werden, unabhängig von der Behandlungsart. Dadurch richtet sich der Entscheid einer Behandlungsart rein auf die medizinische Notwendigkeit. Versorgungsketten sowie koordinierte Versorgung können gestärkt werden, so dass bei den Gesundheitskosten jährlich insgesamt bis zu 440 Millionen. Franken eingespart werden können.

Was geschieht mit den Gesundheitskosten ohne Reform?

Dank medizinischem Fortschritt würde sich der Trend zur ambulanten Medizin auch nach einem

«Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet.»

Nein zur einheitlichen Finanzierung fortsetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen würden damit weiterhin zu den Krankenkassen verschoben. Weitere übermässige Prämienerschübe wären vorprogrammiert.

Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen

Meine Meinung ist klar: «Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet, Kosten spart und die Qualität hoch hält. Deshalb stimme ich am 24. November aus Überzeugung Ja zur einheitlichen Finanzierung.»

JA zur einheitlichen Finanzierung!



Bettina Balmer,
Kinderchirurgin und Nationalrätin ZH

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt

Leistungsfähige Autobahnen ohne Stau

Die Nationalstrassen machen nur 3% des gesamten Strassennetzes aus, nehmen aber rund 40% des Personenverkehrs und etwa 70% des Güterverkehrs auf. Autobahnen sind also hoch effiziente und effektive Verkehrsinfrastrukturen.

Jährlich stehen wir rund 49 000 Stunden im Stau, was die Volkswirtschaft gegen drei Milliarden Franken kostet. Seit 1990 hat sich der Verkehr verdoppelt. Ohne Massnahmen wird bis 2040 ein Viertel der Nationalstrassen überlastet sein. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig zu investieren, damit die Verkehrswege für Personen und Güter weiterhin funktionieren. Besonders in den Agglomerationen und Städten ist es zentral, dass die untergeordneten Strassennetze funktionieren, was den öffentlichen Verkehr sowie den Nahverkehr stärkt.

Das Ziel ist es, den Verkehr auf die Autobahnen zu lenken und die anderen Strassen zu entlasten, damit Fussgänger und öffentliche Verkehrsmittel ungehindert zirkulieren können. Wenn die Nationalstrassen dauerhaft verstopft sind, geht das zu Lasten aller Verkehrsteilnehmer.

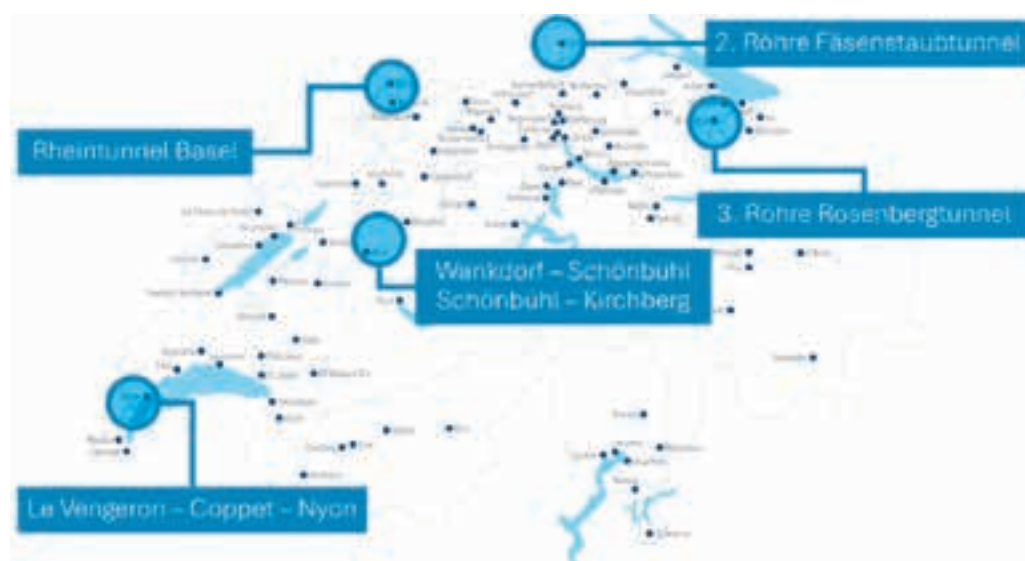
Mit der Abstimmung über die Weiterentwicklung der Nationalstrassen, wird eine intelligente und clevere Verkehrspolitik weitergeführt. Wer steht schon gerne im Stau? – Niemand! Stattdessen ist es sinnvoll, punktuell gezielte Projekte zu realisieren, um den Verkehrsfluss auf den Autobahnen zu verbessern. Ein Beispiel ist die Eröffnung des dritten Tunnels am Baregg. Seit der Eröffnung hat der Verkehr dort nur mässig zugenommen, aber der Verkehrsfluss hat sich verbessert.

Dasselbe gilt für den Ausbau der Autobahnstrecke zwischen Härkingen–Gunzgen–Wiggertal. Der Verkehrsfluss konnte massiv gesteigert werden. Das Verkehrschaos aufgrund zu geringer Kapazität gehört der Vergangenheit an. Seit Inbetriebnahme der sechs Spuren ist das Verkehrsaufkommen konstant geblieben, aber der Verkehr verläuft heute problemlos. Die Kantonsstrassen wurden in beiden Fällen ebenfalls entlastet.

Ein aktuelles Beispiel für die Entlastung der übrigen Strassen ist der Gubrist-Tunnel:

Seit der Eröffnung der neuen Röhre am Gubrist hat sich der Verkehr auf der Kantonsstrasse um 20% reduziert.

Das ist eine klare Winwin-Situation: einerseits für diejenigen, die auf der Nationalstrasse flüssig vor-



Abstimmungsprojekte vom 24. November 2024.

ankommen, und andererseits für die Anwohner, die weniger Verkehr auf der Kantonsstrasse vorfinden.

Engpässe beseitigen

Engpässe gibt es überall in der Schweiz, von der Romandie bis in die Ostschweiz. Bei der Abstimmung über den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen geht es darum, die gravierendsten Engpässe der Stufe drei zu beheben. Das umfasst Umfahrungen von Stadtzentren und Orten ohne alternative Routen.

- 6 Projekte
- 3 Tunnelprojekte
- 0 Kilometer neue Strasse
- 8 Hektaren Bedarf an Fruchtfolgefleichen, was etwa 11 Fussballfeldern entspricht
- 0,0017% der gesamten Fruchtfolgefleichen der Schweiz
- 5,3 Milliarden CHF für Erweiterungsprojekte
- 8,8 Milliarden CHF für Unterhalt

Die einzelnen Projekte in der ganzen Schweiz sind in der Grafik oben zu sehen. In der Summe ergibt sich ein äusserst wichtiges und stimmiges Investitionsprogramm für die gesamte Schweiz.

Wer Strassen zweckmässig baut, steht weniger im Stau.

Es geht nicht darum, Strasse und Schiene gegeneinander auszuspielen, wie es linke und grüne Vereinigungen und Parteien oft tun, sondern um ein Nebeneinander von Strasse und Schiene, damit die Schweiz vorwärtskommt.

**JA zu leistungsfähigen
Autobahnen ohne Stau!**



Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE und Mitglied UREK-N

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt



FDP
Die Liberalen



JA

24. Nov. 2024

**Sicherung der
Nationalstrassen**

zusammen-vorwaertskommen.ch

Unser Steuersystem ist ungerecht

Kommentar von Anna Giacometti

Zu den Eigenheiten unserer Demokratie gehört es, dass wir manchmal über Vorlagen abstimmen, die enorm kompliziert sind oder deren Folgen wir kaum abschätzen können. Eine Ausnahme macht die Initiative der FDP-Frauen für die Individualbesteuerung – sie ist geradezu erfrischend einfach: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.»

Dieser Grundsatz soll neu in der Bundesverfassung verankert und auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden eingeführt werden. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass es bei den Steuern keinen Unterschied machen soll, ob jemand alleinstehend, liiert, verheiratet, getrennt, geschieden oder verwitwet ist. Deshalb habe ich die Initiative als Mitglied des Initiativkomitees vom ersten Tag an mitgetragen.

Heute werden Ehepaare und Paare in eingetragener Partnerschaft gemeinsam besteuert. Weil die Einkommen beider Partner zusammengezählt werden, bezahlen sie wegen der Steuerprogression höhere Steuern, die sogenannte Heiratsstrafe. Gehen beide Teile eines Ehepaars arbeiten, wird ein guter Teil des Zweiteinkommens durch die höheren Steuern «aufgefressen». Der Anreiz, dass beide Partner arbeiten, wird dadurch viel kleiner. Hat das Paar Kinder, ist der Effekt noch grösser: Zusätzlich fallen dann die Kosten für die externe Kinderbetreuung

an. Vom Lohn der Zweitverdienenden bleibt in der Praxis fast nichts mehr übrig. Viele Fachkräfte – oft sind es Frauen – bleiben deshalb zu Hause und gehen dem Arbeitsmarkt verloren.

Das Anliegen der Initiative wird seit mehr als 20 Jahren diskutiert und geniesst eine breite Unterstützung. Eine Individualbesteuerung hätte für die Familien und für die Wirtschaft grosse Vorteile. Das Thema trifft offenbar einen Nerv: In der Debatte zur Initiative während der Herbstsession wollten 68 Nationalrätinnen und Nationalräte ans Rednerpult treten. In der Sache gibt es zwei klare Lager: Die SVP und die Mitte sind dagegen, FDP, SP, GLP und die Grünen sind dafür.

Aber die Individualbesteuerung ist nicht etwa ein linkes Anliegen: Vielmehr hilft sie der Wirtschaft, dringend benötigte Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zurückzuholen, und sie schafft eine Ungerechtigkeit aus der Welt, die vor allem Frauen betrifft und schon lange abgeschafft gehört. Denn niemand – auch

nicht die Gegner unserer Initiative – konnte mir erklären, warum die Steuerlast vom Zivilstand abhängig sein soll.

Auch der Bundesrat ist von dem Anliegen überzeugt. Statt es nur beim Initiativtext zu belassen, hat er dem Parlament gleich einen Gesetzesentwurf übergeben, der die Umsetzung der Initiative viel schneller regeln könnte als die Initiative. Der Nationalrat hat ihn angenommen. Nun blicken alle gespannt auf den Ständerat: Sagt er Ja und wird gegen das Gesetz kein Referendum ergriffen, kann die Idee dank der Vorarbeit des Bundesrates rasch umgesetzt werden. Sagt der Ständerat Nein, geht die Initiative vor das Volk. Schon jetzt ist aber sicher, dass die Schweiz noch nie so nahe daran war, dieses wichtige Anliegen umzusetzen.

Unsere Gesellschaft ist von Diversität geprägt und beinhaltet verschiedene partnerschaftliche Lebensmodelle. Die Individualbesteuerung würde allen Arten des Zusammenlebens gerecht und das Steuerrecht würde endlich die Gleichstellung aller Lebensmodelle vorantreiben!



Anna Giacometti, Nationalrätin GR



Aufatmen nach der Entscheidung im Nationalrat zur Individualbesteuerung am 25. September 2024. Bild: Lisa Vincenz

Übergabe der kantonalen Initiative «Blitzerabzocke stoppen!» der Jungfreisinnigen Aargau am 18. September 2024 in Aarau. Bild: Jungfreisinnige Aargau



Blitzerabzocke stoppen!

Volksinitiative der Jungfreisinnigen Aargau

Die Jungfreisinnigen Aargau konnten im September die Initiative «Blitzerabzocke stoppen!» mit über 3000 Unterschriften erfolgreich einreichen. Feste Blitzer sollen künftig der Sicherheit dienen und nicht als verdeckte Einnahmequelle missbraucht werden.



Bild: iStock, Lucia Gajdosikova

Blitzerabzocke stoppen – Initiative eingereicht!

Autofahrerinnen und Autofahrer scheinen oft die Lieblingsmilchkuh der Behörden zu sein, wenn es darum geht, die Staatskassen zu füllen. Ein besonders beliebtes Instrument, um den Automobilisten zu melken, sind fest installierte Blitzer. Meist werden diese Blechpolizisten unter dem Deckmantel der Verkehrssicherheit eingesetzt, dienen aber in erster Linie dem Eintreiben von Geldern.

Unsere Initiative «Blitzerabzocke stoppen» fordert, dass feste Blitzer nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen. Kontrollinstrumente sollten kein primäres Mittel zur Geldeintreibung sein, sondern müssen sich durch ihren Beitrag zur Sicherheit rechtfertigen – ein rechtsstaatlicher Grundsatz.

Dienen feste Blitzer wirklich nur der Sicherheit?

Im Kanton Aargau gab es lange Zeit die ungeschriebene Regel, auf fest installierte Blitzer zu verzichten und stattdessen auf mobile Kontrollen zu setzen, um die Verkehrssicherheit zu gewähr-

leisten. Diese Regel wurde jedoch gebrochen, als 2020 in Baden ein fester Blitzer an der Gstühl-Kreuzung aufgestellt wurde. Obwohl die Kreuzung über Jahrzehnte fast unfallfrei war, hat dieser Blitzer seit seiner Installation unglaubliche 7 Millionen Franken eingebracht – ein klarer Fall von Abzocke statt echter Sicherheit.

Unsere Forderung richtet sich also nach dem, was die Befürworter der festen Blitzer immer behaupten: Der Einsatz diene ausschliesslich der Verkehrssicherheit. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, wird unsere Initiative diese Praxis unterstützen. Wenn aber Blitzer missbraucht werden, um die Staatskassen zu füllen, schützt unsere Initiative die Bürgerinnen und Bürger vor unverhältnismässigen Kontrollen.

Die Bevölkerung entscheidet als Nächstes

Das Zustandekommen unserer Initiative ist für uns ein grosser Erfolg, aber unser Kampf geht weiter. Jetzt liegt es an den Stimmberechtigten im Kanton Aargau, zu verhindern, dass feste Blitzer zur Geldeintreibung missbraucht werden.



Tim Voser, Präsident Jungfreisinnige Aargau

Flüchtlingslager syrischer Flüchtlinge an der türkischen Grenze (2020), Bild: iStock, News Cameraman Video Journalist



Im Brennpunkt der Migration: Türkei

Zwischen Gastfreundschaft und Überlastung

Die Türkei an der Brücke zwischen Asien und Europa war seit jeher Durchgangsland für viele Völker und Stämme. Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der illegalen Migration. Doch nicht nur diese macht dem Land zu schaffen.

Flüchtlinge als Pfand

Besonders akut war die Situation 2015. Da konnten wir auch an unseren Stränden Schlauchboote beim Ablegen beobachten. Ein Abkommen von 2016 zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass Asylsuchende, die nach dem Transit durch die Türkei auf den griechischen Inseln in der Ägäis in den EU-Raum gelangen, wieder in die Türkei

abgeschoben werden. Im Gegenzug sagte die EU zu, schutzbedürftige Personen aus der Türkei aufzunehmen. Zudem versprach die EU bis Ende 2018 sechs Milliarden Euro für Projekte in der Grundversorgung, Gesundheit und Bildung für Flüchtlinge zu. Im Juni 2021 sagte sie weitere drei Milliarden Euro zu. Die Zahl der illegalen Migranten ist seither massiv zurückgegangen. Gleich-



Migrationswege in die und aus der Türkei. Bild: iStock, PeterHermesFurian

zeitig hat die türkische Regierung mit ihnen eine Art Pfand in der Hand, um weitere Leistungen der EU zu fordern.

Die grosse Herausforderung für die Türkei sind aber die 3,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Die meisten leben nun schon seit Jahren in schwierigen Verhältnissen im türkischen Grenzgebiet, immer in der Hoffnung, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die enorme Belastung der Ressourcen und Infrastruktur lässt die sprichwörtliche türkische Gastfreundschaft schwinden.

Binnenmigration

Ein Teil der syrischen Flüchtlinge genau wie Türken aus den verarmten Gegenden in Ostanatolien versuchen ihr Glück zunehmend in Istanbul. Dort verrichten sie vor allem Arbeiten im Tieflohnsektor und drücken die Löhne selbst da noch. Für lokale Arbeiter wird es zunehmend schwierig, Geld zu verdienen oder eine Unterkunft zu finden. Zudem verändern ganze Quartiere ihr Gesicht. Wo noch vor Kurzem westliche Kleidung das Strassenbild prägte, sieht man heute vielerorts Leute in ihren traditionellen Gewändern. Freunde von uns berichten, dass sie ihre Stadt kaum wiedererkennen. Sie sind daher wie so viele nach Izmir gezogen.

Zur Binnenmigration hat auch die Erdbebenkatastrophe vom Februar 2023 in der Grenzregion zu Syrien beigetragen. Der Wiederaufbau ist eine gigantische Aufgabe und geht schleppend voran. Von den über 20 Millionen Betroffenen leben heute noch viele Millionen in Trümmern. Es sind aber auch Hunderttausende irgendwo im Land untergekommen. Südlich von Izmir sind ganze Stadtviertel für Ankömmlinge neu gebaut worden.

Exodus der Jungen

Zum Schluss noch ein letzter Strom, der die Türkei noch teuer zu stehen kommen wird. Immer mehr gut ausgebildete junge Leute sehen keine Zukunft in ihrem Land, wo die Wirtschaft stockt. Nach der Hyper-Inflation von knapp 80% im Jahr 2023 liegen wir heute bei gut 55%, was immer noch keine rosigen Aussichten für die wirtschaftliche Erholung verspricht. Wer kann, sucht sich eine Zukunft in Europa oder Nordamerika. Diese Menschen werden fehlen bei künftigen Entwicklungsschritten dieses ach so wunderbaren Landes!



Helen Freiermuth, Izmir, Präsidentin FDP International

100-Jahr-Jubiläum der FDP Schweiz am Gründungsort Olten (1994). Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



130 Jahre FDP

Liberalismus für die kommende Generation

Seit 130 Jahren gestaltet die FDP die Schweiz, wie wir sie kennen. Es ist offensichtlich, dass sich das Schweizer Modell, basierend auf einer florierenden liberalen Wirtschaft, einer niedrigen Verschuldung und einem dynamischen Unternehmergeist, bewährt hat. Wie Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1994 sagte, «spielt der private Unternehmer die zentrale Rolle» in diesem Modell. Er muss die Freiheit haben, zu investieren, zu innovieren und die Schweizer sowie die internationalen Märkte zu erobern.

Doch die heutige Zeit stellt uns vor bedeutende Herausforderungen. Die Versuchung des staatlichen Interventionismus wächst. Die Offenheit der Schweiz wird hinterfragt und die individuelle Freiheit ist bedroht. Wie also können wir die Zukunft des Liberalismus für kommende Generationen sichern?

Die Antwort liegt im Erbe der freisinnigen Ideen. Die Reden unserer ehemaligen Bundesräte, wie jene der Altbundesräte J.-P. Delamuraz und K. Villiger im Jahr 1994, haben auch heute noch grosse Strahlkraft. Sie erinnern uns daran, dass der Liberalismus nicht auf wirtschaftliche Dogmen beschränkt ist, sondern eine echte gesellschaftliche Vision darstellt, bei der individuelle Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden ist.

Die FDP, Erbin dieser Tradition, hat die Verantwortung, diese Vision zu tragen und auf allen Ebenen des Staates zu verteidigen.

Vergessen wir nicht, wie viel Glück wir haben, in der Schweiz zu leben, einem Land, das für seinen Wohlstand und seine Stabilität beneidet wird. Setzen wir uns mit Überzeugung dafür ein, dass die liberalen Werte weiterhin die Schweizer Gesellschaft durchdringen – von den Gemeinden über die Kantone bis nach Bern. Indem wir diesen Prinzipien treu bleiben, werden wir eine wohlhabende und freie Zukunft für alle bauen.

Mehr Infos, Bilder und die ganzen Reden: <https://www.fdp.ch/130-jahre-fdp>



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Auszüge aus den Reden zum Hundertjahrjubiläum:



**Altbundesrat
Kaspar Villiger**

«Der Staat muss stark bleiben, aber er darf nicht glauben, dem Bürger die Lösung jedes noch so kleinen Problems abnehmen zu müssen. Der allumfassende Hochleistungsstaat scheitert. Er ist nicht finanzierbar, und er erfüllt die Erwartungen nicht, die man an ihn stellt. Deshalb verliert er zwangsläufig an Vertrauen. Nach wie vor sollten wir den Satz von Montesquieu beherzigen: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen!»»



**Altbundesrat
Jean-Pascal Delamuraz**

«Der Radikalismus legt die Rolle des Individuums in der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Individuum und Staat in einer Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung fest. Diese Perspektive schliesst aus unserem Denken den Moloch-Staat, den Wohlfahrtsstaat, den Tyrannensstaat aus. Aber lassen Sie uns absolut klar sein: Diese Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung schliesst ebenso den schwachen, unbedeutenden, verachtenswerten Staat aus, kein Gesetz zu machen!»



**Ehemaliger
Parteipräsident
Franz Steinegger**

«Unsere vordringliche Aufgabe ist, die schwierige Balance im Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die liberale Bewegung hat die Untertanenverhältnisse beseitigt. Die Fixierung auf den materiellen Vorteil, den man vom Staat erwartet, ist die zeitgemässe Form der Unterwürfigkeit.»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Bild: Gaëtan Bally



Zehn Fragen zum Thema «Schulden und Sparen»

an Bundesrätin Karin-Keller Sutter

1 Wie beurteilen Sie die aktuelle finanzielle Situation der Schweiz auf einer Skala von 1 bis 10 und warum?

Knapp genügend, würde ich sagen. Das wäre wohl zirka Note 4. Einerseits steht die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch gut da und kann auch in den nächsten Jahren mit steigenden Einnahmen rechnen. Dank der Schuldenbremse ist auch unsere Verschuldung auf einem vergleichsweise tiefen Niveau. Andererseits steigen die Ausgaben eben noch stärker als die Einnahmen, wenn wir nichts unternehmen. Daher erarbeitet der Bundesrat ein Entlastungspaket, um dieses Ausgabenwachstum so weit zu drosseln, dass der Haushalt ausgeglichen bleibt und der Bund über genügend finanziellen Handlungsspielraum für künftige Herausforderungen verfügt.

2 Was sind kurzfristig und langfristig die Probleme, wenn der Bund weiterhin mehr ausgibt als einnimmt?

Kurzfristig müssten wir jedes Jahr eine Bereinigungsübung machen wie in den Budgets 2024 und 2025, um die Schuldenbremse einzuhalten. Das absorbiert nicht nur viel Energie, sondern betrifft

dann halt immer die wenigen ungebundenen Bereiche wie die Bildung, die Entwicklungszusammenarbeit, die Landwirtschaft und den Eigenbereich des Bundes. Mittel- und langfristig kämen wir wohl nicht um Steuererhöhungen herum – und das in Zeiten, in denen wir mit der OECD-Mindestbesteuerung und mit höheren Mehrwertsteuern für die AHV bereits höhere Abgaben eingeführt haben oder demnächst einführen werden. Stand heute, ist diese höhere Steuerbelastung im Jahr 2027 doppelt so hoch wie die geplanten Entlastungsmassnahmen.

3 Was kann uns der hohe Schuldenbereich Frankreichs als mahnendes Beispiel lehren?

Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur. Einerseits wenden diese Länder enorm viel Geld für die Schuldzinsen auf, das sie für andere Aufgaben und Investitionen dringend benötigten. Andererseits werden sie nicht um dramatische Budgeteinschnitte herumkommen, wenn sie die Schulden abbauen wollen. Das kann zu Unzufriedenheit führen

«Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur.»

«Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll, als man einnimmt, kennt jeder Haushalt.»

und die sowieso schon schwächelnde Konjunktur weiter bremsen. Als kleine, unabhängige Volkswirtschaft tun wir daher weiter gut daran, die Schuldenbremse einzuhalten und uns finanzpolitischen Spielraum für kommende Herausforderungen zu erhalten.

4 Wie würde für Sie die ideale finanzielle Situation des Bundes aussehen?

In einer idealen finanzpolitischen Welt bräuchte es keine Finanzministerin, weil die Politik von sich aus nur so viel Geld ausgäbe, wie der Staat einnimmt. Die Realität sieht aber natürlich anders aus: Geld ausgeben ist im Parlament wesentlich beliebter als Geld nicht auszugeben oder gar zu sparen. Und mit der Pandemie ist auch in breiten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewachsen, dass es der Staat dann schon richten wird, wenn irgendwo etwas fehlt. Vor diesem Hintergrund haben wir eigentlich eine ziemlich ideale Situation: Die Schuldenbremse zwingt uns nämlich, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten und Prioritäten zu setzen. Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir sie sofort erfinden.

5 Der Bundesrat möchte den Haushalt vor allem ausgabenseitig entlasten. Weshalb ist er gegen Steuererhöhungen?

Wie ich ausgeführt habe, gibt es bereits Steuererhöhungen im Umfang bis zu sieben Milliarden Franken pro Jahr, ein Grossteil davon im Bereich der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Der Bundesrat ist überzeugt, dass weitere Steuererhöhungen schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft wären. Zudem steigen die Ausgaben des Bundes in den kommenden Jahren immer noch um zwei Prozent, wenn die Vorschläge des Bundesrats eins zu eins oder im gleichen Umfang umgesetzt werden.

6 Was sind für Sie die überraschendsten Entlastungsmassnahmen des Gaillard-Expertenberichtes zuhanden des Bundesrates?

Ich möchte keine einzelne Massnahme hervorheben. Der grosse Verdienst des Berichts ist es, dass er alle Aufgaben des Bundes inklusive Subventionen und Transferleistungen überprüft und damit Bundesrat und Parlament eine gute Grundlage für das Entlastungspaket geliefert hat. Nun muss die Politik ent-

scheiden, welche Massnahmen sie vollständig oder teilweise umsetzen will. Der Bundesrat hat seine Eckwerte definiert und wird seine definitiven Vorschläge nach der Vernehmlassung verabschieden. Aber am Schluss entscheidet natürlich das Parlament und, falls es ein Referendum gibt, das Stimmvolk.

7 Was erwarten Sie von der Bevölkerung in Bezug aufs Sparen?

Wie gesagt: Wir sparen nicht, sondern wir bremsen das Ausgabenwachstum. Wenn wir diese Botschaft klar genug rüberbringen können, bin ich überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung hinter einer soliden Finanzpolitik steht. Falls es gelingt, ein ausgewogenes Entlastungspaket mit einer gewissen Opfersymmetrie zu schnüren, sollte auch eine Mehrheit in einer allfälligen Volksabstimmung zu erzielen sein.

8 Wie sehen Sie den Budgetberatungen des Parlaments für das Budget 2025 in der Wintersession entgegen?

Ich mache mich auf intensive, harte Diskussionen gefasst. Zwar hat das Parlament dank leicht höheren Einnahmen etwas mehr Spielraum für einen schuldenbremskonformen Haushalt. Aber es stehen auch Forderungen nach noch höheren Ausgaben für die Armee und andere Bereiche im Raum.

9 Was ist für Sie das zentrale Element an der Schuldenbremse?

Sie ist gleichzeitig einfach und variabel. Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll als man einnimmt, kennt jeder Haushalt. Aber die Schuldenbremse enthält eben auch eine gewisse Elastizität und wirkt antizyklisch: In guten Zeiten muss der Staat Geld zurücklegen und damit Reserven bilden für schlechtere Zeiten. So wird verhindert, dass die Schuldenbremse rezessive Tendenzen noch verstärkt. Und für ausserordentliche Situationen wie zum Beispiel eine Pandemie oder eine Flüchtlingswelle bei einem Krieg erlaubt die Schuldenbremse vorübergehend auch ausserordentliche Ausgaben und damit eine höhere Verschuldung.

10 Denken Sie, die Bevölkerung würde bei einer heutigen Volksabstimmung immer noch so geschlossen hinter der Schuldenbremse stehen wie bei deren Annahme im Jahr 2001?

Ich bin überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit noch immer hinter dem Prinzip der Schuldenbremse steht, weil dieses – wie ich vorher gesagt habe – aus dem Leben gegriffen ist. Daher würde ich einer neuen Abstimmung über die Schuldenbremse zuversichtlich entgegensehen, auch wenn die Zustimmung vielleicht nicht mehr ganz so hoch sein würde wie im Dezember 2001.

Nachgefragt

Wie fühlt sich der Alltag nach intensiver politischer Tätigkeit an?

Am meisten freute sich der «Pöschler». Er hatte nicht mehr die beinahe täglich drei Kilogramm Post zu mir nach Hause zu tragen.

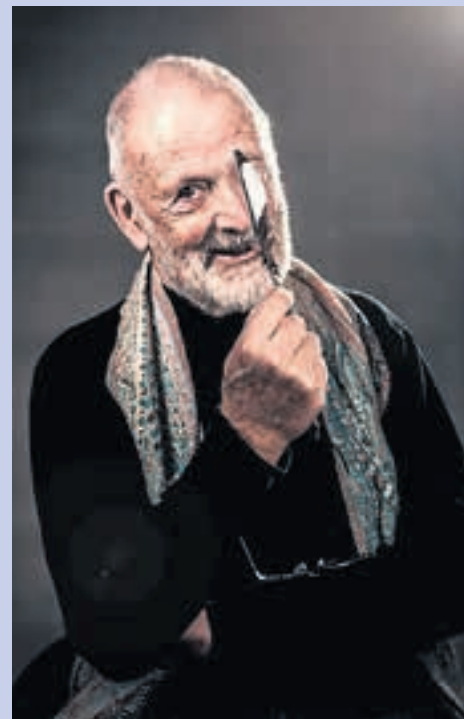
Dann folgte eine gewisse Leere. Mich an die Ruhe zu gewöhnen, fühlte sich vorerst an, wie im Zentrum eines Taifuns zu leben. Rundherum tobte der politische Wind weiter.

Glücklicherweise hatte ich mein Steckenpferd, das ich zur Entspannung jeweils bereits zuvor in den Ferien gepflegt hatte: das Schreiben von «Kürzestgeschichten». Zu mehr reichte selbst die Zeit in den Ferien nicht. Heute verfasse ich jede Woche eine Kürzestgeschichte und veröffentliche sie über meine Website.

Als ich mich an meine Schulzeit erinnerte, die immerhin bereits beinahe 75 Jahre her ist, kam mir die Idee, wöchentlich auch einen Dreisatzroman in lyrischer Form zu gestalten.

Wer sich für die Wochengeschichten und die wöchentlichen Dreisatzromane interessiert und diese jeweils am Donnerstag um 22 Uhr gratis und werbefrei in seinem Postfach werbefrei vorfinden will:

www.francois-loeb.com/kurzgeschichten-kostenlos-lesen/geschichten-erhalten/



François Loeb, Nationalrat BE (1987–1999)
Bild: Markus Baumgartner

Wildhaber ist seit 2012 CEO der Filtex AG. Bild: FDP Schweiz, Eveline Würgler



Silvan Wildhaber, CEO Filtex AG

Einblicke in ein Traditionsunternehmen mit Vision

Wie würden Sie die Filtex AG beschreiben?

Die Filtex AG ist ein Traditionsunternehmen in der Textilbranche, das auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblickt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam mein Urgrossvater als Auslandsschweizer zurück in die Schweiz und gründete die Emil Anderegg AG. Zuerst war diese ein textiles Handelsunternehmen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wagten wir den Schritt ins Exportgeschäft und begannen, unsere Produkte über die Grenzen hinweg nach Europa und Skandinavien zu exportieren. In den 50er-Jahren beschäftigten wir über tausend Mitarbeiter und konfektionierten unter anderem Regenmäntel und Regeschirme aus hochdichten Baumwollgeweben. Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen in St. Gallen, die sich auf die Stickerei-Produktion konzentrierten, betrieben wir bereits damals eine eigene Weberei und Stickerei. Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute. Die Weberei wurde jedoch in den 80er-Jahren eingestellt und die Stickerei in den 2010er-Jahren. Heute fokussieren wir uns auf die Konfektion von hochwertigen Heimtextilien wie z. B. Vorhängen für den Fach-

handel, bieten Gewebe und Stickereien für den afrikanischen Markt und spezialisierte Lösungen im Rohwarenbereich an.

«Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute.»

Seit wann ist die Filtex AG global tätig?

Unsere Expansion nach Übersee begann in den letzten Jahrzehnten und wurde vor allem durch den afrikanischen Markt geprägt. Schon vor 60 Jahren reisten Kunden aus Afrika nach St. Gallen, um bei uns Stoffe für ihre traditionellen Gewänder zu erwerben. In Westafrika hat sich Filtex mittlerweile zu einer Marke etabliert, die in ihrer Präsenz und Beliebtheit mit bekannten Modemarken wie Gucci vergleichbar ist. Zusätzlich zu Afrika haben wir

Verkaufsstellen in Genf und Dubai, um die Nachfrage der Diaspora zu bedienen.

Unsere Produktion läuft in enger Partnerschaft mit Lieferanten. Die Kollektionen werden entweder in Zusammenarbeit mit den Lieferanten oder durch diese selbst produziert. Das ermöglicht uns ein hohes Mass an Flexibilität und Agilität – was in der Textilindustrie von Vorteil ist. Zudem verfügen wir über eines der grössten Design-Archive in St. Gallen, was uns Zugang zu klassischen und zeitlosen Motiven verschafft.

Was hat es mit dem Namen Filtex AG auf sich?

Wir sind stolz darauf, dass unser Name, wenn auch in Form eines Fantasienamens, fest mit unserer Firmengeschichte verankert ist – «Filtex» steht für die Verbindung von Textilien und Export.

Was hat Sie dazu bewegt, 2012 die Führung des Unternehmens zu übernehmen?

Nach drei Jahren bei der Credit Suisse entschied ich, dass die klassische Karriere im Bankwesen für mich nicht das Richtige war. Mein Onkel, der das Unternehmen über 30 Jahre geführt hatte, machte

mir ein Angebot, in die Filtex AG einzutreten und die Familientradition fortzuführen. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mir das praktische Handwerk und Wissen rund um den Textilhandel sukzessive erarbeitet. St. Gallen ist heute meine berufliche Heimat, auch wenn ich ursprünglich aus dem Limmatall komme, seit 20 Jahren in der Stadt Zürich wohne und nach wie vor ein Fan des Grasshopper Club bin – das sind eben die zwei Herzen, die in meiner Brust schlagen.

Welche Rolle spielt die Verantwortung für Sie als Unternehmer?

Textilien sind ein volatiles Geschäft, und daher ist es wichtig, unabhängig zu bleiben. Wir sind zu 100 Prozent eigenfinanziert und haben kein Fremdkapital. Wir denken langfristig und sehen uns in der Verantwortung, eine nachhaltige Unternehmenskultur zu fördern. Es wäre unmöglich, in der Textilindustrie Erfolg zu haben, wenn wir nicht in ständiger Weiterentwicklung begriffen wären – sei es durch modische Innovationen, Digitalisierung oder organisatorische Anpassungen.

Welche Werte prägen Sie als Unternehmer?

Einer der Grundwerte unserer Familie und des Unternehmens ist die Verpflichtung, verantwortungsvoll und nachhaltig zu handeln. Unser Handeln wird davon bestimmt, langfristige Beziehungen aufzubauen und uns in unserer Branche kontinuierlich weiterzuentwickeln. Meine Vorväter haben es vorgelebt: Unternehmer sollten vorsichtig agieren, um Risiken zu minimieren und Reserven aufzubauen. Lieber Schritt für Schritt wachsen, anstatt mit fremdem Kapital grosse Risiken einzugehen. Wenn wir scheitern, dann sollen es unsere eigenen Verluste sein – das ermöglicht uns eine gesunde und stabile Finanzierung.

Zudem verfolgen wir einen patronalen Ansatz: Wir denken stets daran, dass wir für unsere Mitarbeiter eine Verantwortung tragen. Unternehmerisch zu handeln, bedeutet für uns auch, nicht nur an das kurzfristige Geschäft zu denken, sondern das Unternehmen im Sinne der nächsten Generationen zu führen.



Was treibt Sie als Unternehmer an?

Mich reizt das Unternehmerische, die Möglichkeit, eigenständig Entscheidungen zu treffen und neue Projekte anzugehen. Vor fünf Jahren gründete ich zusammen mit einer Kollegin und einem Kollegen ein IT-Startup, das Kalkulationen in der Blechverarbeitung um bis zu 90 Prozent beschleunigt. Wir wollten etwas Neues probieren, und es hat uns gezeigt, wie viel Potenzial in unternehmerischer Freiheit steckt. Diese Freiheit ist für mich ein enormer Antrieb – es ist unser eigenes Geld, und wir setzen es für Projekte ein, an die wir glauben. Dasselbe gilt für die Filtex AG, ein Unternehmen mit über 100 Jahren Tradition, das sich jedoch ständig modisch und organisatorisch neu erfinden muss, um relevant zu bleiben. In unserer Branche begegnen wir einer Marktschwankung von bis zu 70 Prozent – das fordert, langfristig zu denken und flexibel zu bleiben.

Was steht auf dem Wunschzettel Ihrer Firma an die Politik?

Im internationalen Vergleich können wir uns nicht beklagen, was die Steuern und Rahmenbedingungen betrifft. Trotzdem gibt es Themen, die uns beschäftigen, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Der aktuelle «Regulierungsdschungel» macht es fast unmöglich, die Anforderungen korrekt zu erfüllen. Eine Rückkehr zu einfacheren Lösungen wäre hilfreich. Von der Steuererklärung, die auf einem Bierdeckel Platz hat, reden wir schon lange nicht mehr.

Welche politischen Veränderungen wünschen Sie sich für die Wirtschaft in der Schweiz?

Ich bin politisch aktiv in der FDP, weil ich der Meinung bin, dass die besten Köpfe und die enga-

giertesten Menschen in dieser Partei zu finden sind. Für mich sind Offenheit und Wachstum entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Wir dürfen nicht in Besitzstandswahrung verharren oder uns abschotten. Die Schweiz hat ihre Stärke immer aus ihrer Offenheit und ihrem wirtschaftlichen Austausch mit der Welt gezogen.

Was würden Sie anderen Unternehmern in der Schweiz raten?

Unternehmerisches Handeln bedeutet auch, Grenzen zu erkennen und sich ab und zu gegen ein Projekt zu entscheiden, um Reserven aufzubauen. Banken und Fremdkapital sollten möglichst nur in Massen genutzt werden. Eine gesunde Finanzierung ist die Basis für ein stabiles Unternehmen, und es ist ratsam, organisch zu wachsen und finanzielle Unabhängigkeit anzustreben. Mein Grossvater pflegte zu sagen, dass er viele Unternehmer mit Herzblut ins Verderben laufen sehe, weil sie sich verrennen würden: Wer 100 000 Franken investiert und dann die Hälfte davon verliert, sollte aufhören und nicht wieder neues Fremdkapital aufnehmen. Nichtstun oder Aufhören ist auch eine unternehmerische Entscheidung.



Silvan Wildhaber
CEO und Miteigentümer der Filtex AG und
Präsident der Freunde der FDP



Bild: istock, yannik88



Für einen mutigeren Liberalismus

Mehr Freiheit und Verantwortung

Die Liberalen verkaufen sich unter ihrem Wert. Allzu sehr haben sie sich daran gewöhnt, ihre Anliegen unter Nützlichkeitsaspekten zu begründen. Die Wählerinnen und Wähler hören, dass liberale, marktwirtschaftliche Lösungen besser funktionieren und günstiger zu stehen kommen als planwirtschaftliche. Das stimmt freilich, aber es gilt, dabei das Grundsätzlichere nicht zu vergessen: Das Liberale entspricht besser der Natur des Menschen, denn es ruft ihn in Freiheit und Verantwortung.

Freiheit und Verantwortung sind menschliche Existenziale, also das, was den Menschen zum Menschen macht und ihn vom Tier unterscheidet. Und als Elemente politischer Kultur unterscheiden diese liberalen Kernwerte den mündigen Bürger vom Untertanen. Freiheit und Verantwortung sind nicht nur theoretische Konzepte und politische Leitlinien, welche den ökonomischen Nutzen befördern. Sie schaffen nicht nur Wohlstand, sondern sind vor allem auch ihrem Wesen nach zutiefst menschlich. Die Fähigkeit zum freien Entscheid und dazu, ihn zu verantworten, wurzelt im Grund des Menschseins.

Ich wünschte mir deshalb mehr Liberale, die ihre Anliegen mit angemessenem Pathos vertreten und so die Ehrfurcht vor ihren Werten bekunden. Liberale, die sich nicht bloss als Parteigänger von politischen Postulaten verstehen, sondern das stolze Selbstbewusstsein hegen, Vertreter einer lebensfreundlichen und lebensprägenden Haltung zu

sein. Leuchten will nicht nur die liberale Praxis, sondern auch die liberale Identität.

So sollen Liberale mehr sein als nur Verkäufer besserer politischer Rezepte, sondern explizit auch fürs liberale Menschsein auf die Barrikaden steigen. Denn sie vertreten ein wertschätzenderes Menschenbild als Sozialisten, Kollektivisten, Grüne oder Woke: Der Kollektivismus übergeht das Individuum, linksgrüne «Fürsorge» neigt zu seiner Bevormundung, die ethische Hysterie des Wokeismus schnürt seine Freiheit ein.

Freilich ist Liberalismus anspruchsvoll. Freiheit ist immer auch ein Tasten ins Ungewisse. Die Angst, einer Verantwortung nicht gewachsen zu sein, kann Schwindel auslösen. Andererseits vermag verantwortete Freiheit die hehrsten Gefühle des Menschen anzusprechen. Auf ihrem Feld geht es um Bewährung oder Versagen, Ehre oder Schande, Autonomie oder Knechtschaft. Ist der Anspruch



«Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP»; Wahlplakat der FDP anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1979, Quelle: «Schweizerisches Sozialarchiv», F Pb-0004-026.

auch ambitiös, so ist er gerade deshalb auch Ansporn, diese edle Dimension zu leben: das Abenteuer Freiheit!

Dieses Abenteuer verlangt Reife. Ein liberales Gemeinwesen braucht deshalb starke, in sich gefestigte Persönlichkeiten, welche bereit sind, die Zumutungen der Freiheit zu schultern. Solche Männer und Frauen verfügen nicht nur über Fachkompetenzen, sondern über eine breite Menschenbildung. Für sie hat Freiheit auch eine innere Seite: nämlich eine gewisse Freiheit gegenüber sich selbst. Wahrhaftig frei ist, wer nicht nur seine eigenen Interessen und Bequemlichkeiten im Auge hat, sondern über den Tellerrand des Egos hinaussieht. Unter dem Aspekt umfassender Menschenbildung ist es – um ein wichtiges Beispiel zu nennen – misslich, wenn die Schulfächer Geschichte, Literatur, Kunst und Religion an Bedeutungsschwund leiden.

«Ideen – Köpfe – beherzte Taten», mit diesem Slogan warb die FDP Schweiz Ende der siebziger Jahre erfolgreich für sich. Ohne die damaligen freisinnigen Protagonisten zu idealisieren, lässt sich mit Fug sagen: An dieser Parole war etwas dran. Es wäre an der Zeit, ihr Feuer wiederzubeleben!



Ulrich Knoepfel, Mühlehorn (GL), ref. Pfarrer i. R.

KOLUMNE

Ohne Sicherheit keine Freiheit

Freiheit ist die Grundlage unseres Wohlstandes – sie ist mit Leistung verbunden, denn beides gibt es nicht gratis. Unser Wohlstand basiert auf der 1848 neu geschaffenen Freiheit zu forschen, zu wirtschaften, zu erfinden und zu bauen.

Nicht alle können dieselben Leistungen bringen, das gehört zum Wesen der Gemeinschaft. Das Bindeglied zwischen diesen beiden Gruppen ist Respekt, Demut und Verständnis. Das sind unsere Werte.

Das Leben in Freiheit basiert also auf Werten, die nicht in einem Gesetz niedergeschrieben sind, sondern die sozusagen unsere Mentalität ausmachen. Eine Mentalität, die uns quer durch die Schweiz verbindet. Es ist ein unsichtbares kostbares Band, das uns zum Wohl des Landes der Politik Kompromisse abringt und Animositäten überwinden lässt.

Doch dieses feine Band scheint abgenutzt, es ist ausgedünnt und manchmal habe ich das Gefühl, dass es in der nächsten Sekunde reisst – es wäre ein Riss mit fatalen Folgen.

Genau dieses Gefühl habe ich im Rahmen der Beratungen um die Armeebotschaft, ein heikles und für die Schweiz so wahnsinnig wichtiges Geschäft.

So wichtig, dass sich die bürgerlichen Parteien zusammenschliessen, um den Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden Schweizer Franken für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und die Finanzierung zu sichern. Denn in Europa herrscht wieder Krieg – ob es uns passt oder nicht. Und die Schweiz muss sich wappnen, sie darf nicht zur einfachen Beute werden. Doch die Linken schleudern uns entgegen, dass wir «paranoid» seien, die Armee «auf Kosten der Ärmsten auf der Welt aufgerüstet» werde und überhaupt ein «Trachtenverein» sei.

Die Sicherheitsfrage ist unauflöslich mit der Freiheitsfrage verknüpft. Unser Land kann nur in Freiheit bestehen, wenn es seine Souveränität auch militärisch demonstriert. Der Begriff «Dissuasion» bedeutet, den Gegner davon abzuhalten, ein Land anzugreifen, weil der Preis zu hoch wäre. Eine gut ausgerüstete Armee ist also der erste Schritt dazu, einen Angriff zu verhindern und den Frieden – und somit die Freiheit – zu bewahren. Dass diese hart erarbeitete Freiheit im Nationalratssaal als veraltetes Brauchtum dargestellt wird, gibt mir zu denken. Es zieht all jene Dienstleistenden ins

Lächerliche, die ihre Verantwortung wahrnehmen, die in der Kälte draussen als Milizler pflichtbewusst an ihren militärischen Fähigkeiten arbeiten, während sie von gewählten linken Politikern im warmen Ratssaal drin beleidigt werden. Warum?

Ist es Arroganz, Ignoranz oder Unbeholfenheit? Selbstverständlich gibt es sachliche Argumente gegen eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee und der Teufel liegt bekanntlich wie immer im Detail. Aber Respekt ist das Mindeste sowie die Fähigkeit, die vom Wahlvolk erwartete Leistung im Ratssaal zu erbringen und sich in die Debatte hineinzuknien – anstatt billige Floskeln aufzuwärmen und ohne Not diejenigen zu beleidigen, die ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, Leistung abliefern und das feine Band der Freiheit stärken.



Heinz Theiler, Nationalrat SZ und Mitglied der SiK-N

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch

am 24. November



**Prämienzahlende
endlich entlasten!**

Kosten senken, Versorgung stärken.



Regine Sauter
Nationalrätin FDP ZH

«Die Fehlanreize im Gesundheitswesen verteuern das System. Heute werden Leistungen erbracht, die den Patientinnen und Patienten keinen Nutzen bringen. Die Reform packt dieses Problem an. Damit werden Kosten gesenkt und die Versorgung gestärkt.»

www.einheitliche-finanzierung.ch

**+
ja** 24. November
**zur einheitlichen
Finanzierung**